

Die Anti-Corona-Demos im April 2020

Karlsruher Netzwerk gegen Rechts
ka-gegen-rechts.de/dossiers (Dossier 133)

1

Der Wikipedia-Eintrag ***Proteste während der COVID-19-Pandemie in Deutschland*** (Stand 26. April 2020)

Proteste während der COVID-19-Pandemie in Deutschland wurden durch Verordnungen auf Basis eines geänderten Infektionsschutzgesetzes und polizeiliche Auslegungspraxis eingeschränkt oder verboten. Trotzdem fanden im Zeitfenster der COVID-19-Pandemie in Deutschland Demonstrationen und Kundgebungen statt. Nachdem die einzelnen Bundesländer sowohl in ihren Genehmigungen als auch Verboten unterschiedlich vorgehen und Verwaltungsgerichte unterschiedlich urteilten, signalisierte das Bundesverfassungsgericht am 15. April per Eilverfahren, dass (nach Demoanmeldungen in Gießen) ein Totverbot für Versammlungen von mehr als zwei Personen als zu pauschal gelte.

In Flensburg fand am 25. März 2020 eine Steh- und Abstands-Demonstration gegen den „Ausnahmestand“ mit rund 20 Teilnehmern statt, die angemeldet war und nicht untersagt wurde. Es wurde den Teilnehmern erlaubt, sich „in Form von Tüchern, Schals oder Atemschutzmasken“ zu verumhüllen. Die Mitinitiatorin Hanna Poddig wies „bei aller notwendige[n] Vorsicht“ auf die Grundrechtseinschränkungen während der Corona-Krise hin und äußerte die Befürchtung, dass jetzt eingeschränkte Freiheitsrechte danach nicht umstandslos wieder gewährt würden.

In Berlin organisierte die *Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand* (KDW) um den Journalisten Anselm Lenz ab März 2020 unter den Titeln „Hygienedemo“ und „Nicht ohne uns!“ Demonstrationen gegen die mit der Bekämpfung der Corona-Pandemie in Deutschland verbundenen Grundrechtseingriffe, welche von ihr als Angriff auf das Grundgesetz mit der Tendenz zur Diktatur hin kritisiert wurden. Die Organisatoren bestritten dabei die von der Mehrzahl der Fachwissenschaftler angenommene besondere Gefährlichkeit des sich pandemisch ausbreitenden SARS-CoV-2-Virus, welche sich aus einer etwa im Vergleich mit der Grippe hohen Mortalität, einer hohen Zahl intensivmedizinischer Verläufe, fehlender Immunität in der Bevölkerung und hoher Infektiosität auch vor oder ohne Auftreten von Symptomen ergibt.

Die Berliner Organisatoren sahen daher keine sachgemäße Rechtfertigung für etwa im Vergleich mit dem Umgang mit einer saisonalen Grippe besondere Eingriffe. Das aus ihrer Sicht auf medizinisch nicht begründbaren Annahmen beruhende politische Handeln verstanden sie als weltweit von herrschenden Eliten gesteuerte „moralische Panik“ und „Hysterie“. Am Samstag, 28. März, versammelten sich etwa 40 Demonstrationswillige auf dem Rosa-Luxemburg-Platz. Die Polizei sprach mit Hinweis auf das Infektionsschutzgesetz Platzverweise aus, untersagte die Kundgebung und leitete 17 Strafermittlungsverfahren ein. Auch zum 11. April hatte die KDW zur Hygienesdemo aufgerufen. An der unangemeldeten Demonstration – laut Polizei hatte es „weder eine Anmeldung noch den Versuch einer Anmeldung gegeben“ – nahmen etwa 300 Demonstranten teil. Rund 180 Polizisten waren im Einsatz und lösten die Aktion auf.

In Köln protestierten am 12. April 100 Menschen „gegen die verordneten Regeln zur Eindämmung des Coronavirus“. Sie kritisierten das verhängte Kontaktverbot und setzten sich zudem mit Plakaten wie „Hotels öffnen für Wohnungslose und Geflüchtete“ oder „Nationalismus tötet“ für Solidarität mit Flüchtlingen und Wohnungslosen ein. Die Polizei erstattete zahlreiche Anzeigen wegen Verstößen gegen das Versammlungsgesetz und die Coronaschutzverordnung: Die Stadt Köln hatte die Zusammenkunft zuvor untersagt.

In Pirna versammelten sich am 22. April 150 Menschen. Sie demonstrierten „gegen die staatlichen Restriktionen in der Coronakrise“. Der Polizist und Lokalpolitiker Steffen Janich (AfD) hatte zuvor auf Facebook zu einem „Spaziergang“ aufgerufen. Gegen ihn wurden „strafrechtliche Ermittlungen“ wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz und ein „disziplinarrechtliches Ermittlungsverfahren“ eingeleitet. Es waren auch „Köpfe aus der rechten Szene und Verschwörungstheoretiker“ anwesend. Schilder mit den Aufschriften „Corona-Wahn“ und „Impfsklaven“ waren zu sehen.

Zwei Urteile des Bundesverfassungsgerichts: Nachdem am 4. April 2020 in Gießen vier angekündigte Demonstrationen mit dem Tenor *„Gesundheit stärken statt Grundrechte schwächen - Schutz vor Viren, nicht vor Menschen“* im Zeitfenster der Osterwoche mit ungefähr 30 Menschen auf dem Berliner Platz vor dem Gießener Rathaus von den Behörden in Gießen verboten wurden, kippten in einen Eilverfahren die Richter vom Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe am 15. April 2020 das Verbot als zu pauschal, woraufhin die angemeldeten Kundgebungen unter Auflagen durchgeführt wurden. Zuvor waren die Behörden in Gießen davon ausgegangen, Versammlungen von mehr als zwei Personen generell verbieten zu können. Vorausgegangen ist ein juristischer Streit um ein Totalverbot, welches der Hessische Verwaltungsgerichtshof zunächst bestätigt hatte. Das Bundesverfassungsgericht kippte am 17. April ein Demonstrationsverbot für den 18. April in Stuttgart. Der Kläger hatte mehrere Demonstrationen des Mottos „Wir bestehen auf die ersten 20 Artikel der Verfassung. Wir bestehen auf Beendigung des Notstands-Regimes“ für bis zu 50 Personen angemeldet. Die Behörden verweigerten jedoch eine Bearbeitung der Anmeldungen. Nach Angaben der Stadt Stuttgart war es ihr „nicht möglich, Auflagen festzusetzen, die der aktuellen Pandemielage gerecht würden“. Diese Begründung lehnte das Bundesverfassungsgericht als zu pauschal ab. Der starke Anstieg der Infektionszahlen in Stuttgart befreie nicht davon, so der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts, „möglichst in kooperativer Abstimmung mit dem Antragsteller alle in Betracht kommenden Schutzmaßnahmen in Betracht zu ziehen und sich in dieser Weise um eine Lösung zu bemühen“. Die Versammlung wurde nach Bekanntgabe des Gerichtsbeschlusses von der Stadt Stuttgart unter Auflagen genehmigt. Die etwa 50 Demonstrierenden mussten einen Abstand von eineinhalb Metern untereinander und einen Abstand von zwei Metern zu Passanten einhalten. (...)

Der Anti-Corona-Aktionstag am 25. April

Am 25. April fanden bundesweit zahlreiche Anti-Corona-Kundgebungen statt. Das Spektrum der Organisierenden reichte von 'linksautonom' bis 'rechtsextrem'. Dabei galt die Faustregel: Je weiter rechts die Kundgebung einzuordnen war, desto respektloser ging man mit Hygieneprinzipien um ... die Bezeichnung „Anti-Corona“ machte dabei zwar keinen wirkliche Sinn, etablierte sich jedoch.

Ein kleiner Querschnitt durch die Kundgebungen jenes Tages: Von Berlin nach Karlsruhe, Ettlingen, Pforzheim und Offenburg und schließlich nach Chemnitz.

Trotz eines weitgehenden Verbots von Demonstrationen wegen der Corona-Pandemie haben sich am Samstag in Berlin mehr als tausend Menschen versammelt, um gegen die derzeitigen massiven Einschränkungen zu protestieren. Viele der Demonstranten standen vor Absperrgittern, die die Polizei rund um den Rosa-Luxemburg-Platz in Berlin-Mitte aufgestellt hatte, um zu verhindern, dass der Platz zu voll wird. Die Polizei forderte die Menschen immer wieder auf, den Ort zu verlassen. "Ich weise Sie darauf hin, dass Sie eine Straftat begehen." Einzelne Teilnehmer wurden von der Polizei vorläufig



festgenommen. Die Polizei war mit knapp 200 Beamten, die Schutzmasken trugen, im Einsatz. Schon an den vergangenen vier Samstagen hatten sich trotz des Verbots Demonstranten versammelt. Die Mehrheit der Protestierer ließen sich nicht eindeutig bestimmten politischen oder anderen Gruppen zuordnen. Unter den Teilnehmern waren einige bekannte Rechtspopulisten und Verschwörungstheoretiker. Andere Menschen saßen meditierend auf dem Boden. Eine Frau schwenkte den Koran. Ein Mann spielte ständig das komplette Deutschlandlied inklusive der ersten Strophe ab. Auf Plakaten stand "Schützt das Grundgesetz" und "Wir sind das Volk". Zwei junge Frauen verkündeten auf Schildern: "Mütter für Freiheit + Grundrechte". Politisch ordneten sie sich nach eigenen Angaben eher links ein. Auf die Straße war der politische Slogan der Unterstützungsbewegung für Flüchtlinge gesprüht: "Leave no one behind". Einige Meter entfernt vom Platz und den Absperrungen protestierten etwa 20 linke Aktivisten gegen die Kundgebung. (rbb¹)

¹ <https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2020/04/demonstration-coronavirus-lockerungen-berlin-volksbuehne-corona.html>

In Karlsruhe hatte das AKI auf den Platz vor Sankt Stephan zur *Kundgebung für Freiheitsrechte* eingeladen. 120 Teilnehmende waren gekommen.



Für uns war diese Kundgebung zum Aktionstag „Keine Quarantäne für Freiheitsrechte“ ein wichtiger Schritt, um unsere Forderungen in Zeiten der Krise auf die Straße zu tragen und auch ganz praktisch für Versammlungsfreiheit auf der Straße einzustehen. Denn gerade jetzt, wenn der Kapitalismus wieder einmal in Krisenzeiten sein besonders skrupelloses Gesicht zeigt und die ohnehin schon Abgehängten weiter fallen lässt, ist es ein wichtiges Zeichen der Solidarität, diese Umstände auf der Straße aufzuzeigen. Zum Schutz vor einer Ansteckung mit dem Corona-Virus versammelten sich die Aktivist*innen alle mit Abstand zueinander und trugen eine Mund-Nase-Bedeckung. Im Gegensatz zu den sogenannten "Hygiene-Demos" in Berlin und Hamburg oder anderen rechten Versammlungen nehmen wir den Infektionsschutz ernst und treffen entsprechende Vorkehrungen.

Der erste Redebeitrag vom Aktionskreis Internationalismus (AKI) behandelte die unmenschliche Unterbringung Geflüchteter in den Lagern der EU-Außengrenze und den unmöglichen Infektionsschutz in jenen. (...) Im zweiten Redebeitrag ging eine Aktivistin aus dem Offenen Antifaschistischen Treffen (OAT) Karlsruhe auf die Rolle rechter Kräfte in der Krisenzeit ein. Unter anderem machte sie deutlich, dass die rechten AkteurInnen wie die AfD, die zunehmend ein Ende des Shut-Downs fordern, nicht im Interesse der Werktätigen und Lohnabhängigen agieren. Auch VerschwörungstheoretikerInnen, rechte Prepper und ReichsbürgerInnen scheinen aktuell ihre große Chance zu wittern. Die Rednerin machte klar, dass ihnen allen und sämtlichen Querfrontbestrebungen eine deutliche Absage zu erteilen ist. Im letzten Redebeitrag des Tages machte eine Vertreterin des #noPolGBW-Bündnisses deutlich, was die Polizei in Krisenzeiten mit Befugnissen macht, die ihnen im Rahmen neuer Polizeigesetze zugeteilt werden. (...) Im Anschluss gab noch eine Beschäftigte aus der Pflege den Hinweis, dass am 12.05. der Tag der Pflege ist und auch in Karlsruhe Aktionen auf der Straße stattfinden werden. Sie lud die Anwesenden dazu ein, anstelle von Applaus am Fenster und tonnenweise Süßigkeitenlieferungen an Krankenhäuser, ein wahres Zeichen der Solidarität auf der Straße zu setzen.

Über die Karlsruher Anti-Corona-Demo berichteten die BNN nicht. Das taten sie hinsichtlich der Demos in Ettlingen und Pforzheim, die von AktivistInnen aus der sog. Bürgerlichen Mitte organisiert worden waren.



Durch die Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus sehen sie diese unverhältnismäßig stark eingeschränkt. Die Mahnwache wurde von der Stadt unter Auflagen genehmigt. So mussten die Teilnehmer untereinander den Mindestabstand von 1,5 Metern einhalten. Mitarbeiter des Ordnungsamtes und der Polizei überwachten die Einhaltung. Organisiert wurde die Mahnwache von zwei Frauen aus Ettlingen. Über Facebook und in ihrem Bekanntenkreis hatten sie dafür geworben. Als „Notstandsgesetze“ bezeichnete eine der beiden Organisatorinnen, Yvonne Gukelberger-Seele, die Corona-Regelungen. Die Maßnahmen gehen ihrer Meinung nach zu weit. Das Coronavirus sei „nicht gefährlicher und nicht ungefährlicher als ein normaler Grippevirus“. Deshalb sollten diejenigen, die sich davor schützen wollen, dies auf freiwilliger Basis tun und nicht durch Zwangsmaßnahmen. Das öffentliche Leben müsse wieder aufgenommen, der öffentliche Raum „ohne Einschränkung“ wieder zur Verfügung gestellt werden. Dazu zähle beispielsweise auch die Öffnung von Kitas und Spielplätzen. „Wir wollen eine Beendigung des Lockdowns“, so Gukelberger-Seele. (...) Sorgen machen sich die Organisatorinnen der Mahnwache auch um den Datenschutz. „Wir sind sehr besorgt, dass uns der genommen wird zugunsten einer Corona-App“, sagte Gukelberger-Seele. Eine solche App dient der Verfolgung von Corona-Infektionen und ist in anderen Ländern bereits im Einsatz. (...) Die Aussicht auf eine Zwangsimpfung gegen das Virus besorgte andere Demonstranten. Ein Mann, der mit Tochter und Ehefrau vor das Ettlinger Schloss gekommen war, sieht in dem Lockdown auch eine „Rechtfertigung für die Zwangsimpfung“. Dabei würden die möglichen Nebenwirkungen gar nicht bedacht. Die verhängten Beschränkungen verhinderten, dass sich Gesunde mit Corona infizieren, die die Erkrankung gut überstehen könnten. So könne keine Herdenimmunität erreicht werden und ein Impfstoff bleibe die einzige Option. Der Mann, der in einem Nachbarort Ettlingens wohnt, hält den Umgang Schwedens mit dem Virus für den richtigen. Dort bleiben Schulen, Restaurants oder auch Cafés geöffnet, damit die Menschen sich weiterhin treffen und irgendwann die Herdenimmunität erreicht wird. „Diejenigen, die für sich ein Risiko sehen, sollen zuhause bleiben“, so der Teilnehmer der Mahnwache.²

² <https://bnn.de/lokales/ettlingen/gegen-corona-massnahmen-50-menschen-demonstrieren-in-ettlingen-fuer-ihre-grundrechte>

Demo gegen Corona-Maßnahmen in Pforzheim: vereinzelte „Wir sind das Volk“- Rufe



Etwa zwischen 80 und 100 Teilnehmern demonstrieren am Samstagnachmittag auf dem Pforzheimer Marktplatz gegen die Maßnahmen im Zuge der Corona-Politik | Foto: af

Nicht alle sind mit den Maßnahmen einverstanden, die die Bundes- und Landesregierungen derzeit in der Corona-Krise beschlossen haben. Gut hundert Bürger haben sich am Samstagnachmittag auf dem Pforzheimer Marktplatz versammelt und mit lauten Rufen an das Grundgesetz erinnert. Initiiert wurde die Demonstration von Michael Schreyer. Schon die letzten Samstage habe man sich immer wieder getroffen und „daran erinnert, dass das Grundgesetz grundsätzlich gilt“, erklärte Schreyer, angesprochen auf die Beweggründe, warum er zu dieser Demonstration aufgerufen hat. „Deshalb haben wir auch immer Grundgesetze dabei, die wir verteilen, damit die Bürger, die davon nicht viel wissen, aufwachen und sich daran erinnern, wie hilfreich und bewusstseinsbildend es ist.“ Die Teilnehmer selbst bezeichnete er als „Bürger, die sich über die aktuellen Maßnahmen erregen und das öffentlich zum Ausdruck bringen wollen“; eine feste Gruppe oder Institution sei es allerdings nicht. Man treffe sich spontan und ohne vorherige Absprache, versicherte er. An diesem Samstag auch zum ersten Mal öffentlich als Demonstration angemeldet. Die Freiheit des Glaubens oder das Briefgeheimnis wurden da ebenso thematisiert, wie die Befürchtung, was passiert, wenn die Wirtschaft kaputt ist – begleitet jeweils von lautstarken „Grundgesetz, Grundgesetz“-Rufen. Dass zwischendurch auch der Ruf „Wir sind das Volk“ über den Platz schallte, zuerst noch leise, ein zweites Mal dann deutlich kraftvoller, fand nicht bei allen Zustimmung.³

Ein Zusatz aus den pz-news⁴: Unter den Teilnehmern standen hiesige Funktionäre der „Linken“, aber auch Teilnehmer der Nazi-Fackelmahnwache am 23. Februar. Neben den zuletzt auf rechtspopulistischen Demonstrationen aus den letzten DDR-Tagen kopierten „Wir sind das Volk“-Rufen hat ein kleiner Teil der Demonstranten das in linker Tradition stehende Lied „Die Gedanken sind frei“ gesungen.

³ <https://bnn.de/lokales/pforzheim/demo-gegen-corona-massnahmen-in-pforzheim-vereinzelte-wir-sind-das-volk-rufe>

⁴ www.pz-news.de/pforzheim_artikel,-Gegner-der-Corona-Schutzmassnahmen-protestierten-auf-dem-Pforzheimer-Marktplatz-mit-Mindestabstand-_arid,1435516.html

200 Teilnehmer bei Offenburger Demo gegen Corona-Einschränkungen

Die Demo war angemeldet und genehmigt, wie ein Polizeisprecher der Mittelbadischen Presse erklärte. Beamte vor Ort behielten die Lage im Blick. Unter Einhaltung der geltenden Abstandsregeln sei die Veranstaltung durchführbar, hieß es. Organisiert hatte das Zusammenkommen der Acherner Unternehmer Hubert Kraus, der sich dem Berliner Verein "Nicht ohne uns" angeschlossen hat, wie er vor Ort erklärte. Er ist mit der momentanen Situation „überhaupt nicht einverstanden“ und hält die gemachten Maßnahmen für „unverhältnismäßig“, so Kraus. Er wollte daher aktiv etwas tun und vertrete nun im Namen des Berliner Vereins die Idee, den Menschen das Grundgesetz wieder näher zu bringen. „Wir möchten die Menschen darauf aufmerksam machen, was hier gerade passiert, und dass die ersten 20 Artikel des Grundgesetzes seit fast zwei Monaten außer Kraft gesetzt sind.“

Unter den Teilnehmern hatten sich am Samstag auch einige AfD-Politiker gemischt – darunter der Kehler Abgeordnete Stefan Räßle, der ein Plakat der Partei in die Menge hielt. Darauf angesprochen distanziert sich Hubert Kraus deutlich: „Die habe ich zu spät gesehen“, sagt er. „Wir sind parteilos und weder rechts noch links. Eigentlich vertreten wir hier nur das Grundgesetz.“ Ein Sprecher von Räßle betonte dagegen, der Abgeordnete sei in Offenburg spazieren gegangen und zufällig an der Demonstration vorbeigekommen. Er habe aber nicht an der Demonstration teilgenommen, deren Anliegen aber sehr wohl geteilt.⁵

Das Foto zum Artikel:

Hubert Kraus (links), Stefan Räßle (AfD-MdL Kehl), weiße Shorts) und der im Raum Bühl wohnhafte Marco Kurz (gelbes Shirt).

Stefan Räßle war 2018 ein führender Aktivist des AfD-basierten Bündnisses *Kandel ist überall* gewesen. Ende März 2020 war aus der AfD ausgeschlossen worden. Das innerparteiliche Urteil war noch nicht rechtskräftig⁶.



⁵ <https://www.bo.de/lokales/ortenau/demo-gegen-corona-einschraenkungen-in-offenburg>

⁶ <https://bnn.de/nachrichten/suedwestecho/afd-schliesst-umstrittenen-landtagsabgeordneten-stefan-raepple-aus>

Polizei löst Proteste von Rechtsextremen in Chemnitz auf

Hunderte Demonstranten versammelten sich trotz Verbot an mehreren Orten in der Innenstadt.

Nach dem Demonstrationsverbot des sächsischen OVG hat die Polizei Gruppen von Protestierenden der rechtsextremen Vereinigung *Pro Chemnitz* an mehreren Orten in der Innenstadt aufgelöst. An verschiedenen Orten im Stadtzentrum hatten sich im Laufe des Abends jeweils bis zu 120 Menschen versammelt. Die Polizei zählte insgesamt neun Straftaten - unter anderem wegen Beleidigung und des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen - sowie 46 Ordnungswidrigkeiten. Zwei Hundertschaften seien in der Innenstadt im Einsatz gewesen.⁷



⁷ <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2020-04/pro-chemnitz-rechtsextreme-demo-polizei-aufloesung>

3

Die Corona-Wutbürger vereinen getrennte politische Lager (?)

Im Anschluss an den Anti-Corona-Aktionstag schrieben verschiedene Printmedien über den „Corona-Wutbürger“, den sie ausgemacht hätten:

ONLINE
FOCUS

**Der Aufstand der Corona-Wutbürger:
Plötzlich bilden Linke und Rechte
gemeinsame Front**



Die Mehrheit der Deutschen findet das Krisenmanagement von Bund und Ländern in der Summe nicht schlecht. Von denen, die anderer Meinung sind, protestieren nur wenige - auch weil Kontaktbeschränkungen gelten. Allerdings sind es jetzt Ende April schon mehr als noch im März. Es ergeben sich ungewöhnliche Bündnisse.

Die Menschen skandieren: "Wir sind das Volk" und "Grundgesetz". Die Menschen, die bei teils spontanen, teils angemeldeten Kundgebungen in verschiedenen Städten gegen die Corona-Kontaktbeschränkungen protestieren, sind eine bunte Truppe: links-alternativ geprägte Impfgegner, Esoteriker, Rechtsextremisten, durch Fake-News angestachelte Verschwörungstheoretiker, biedere ältere Wutbürger und freiheitlich gesinnte Menschen ohne politischen Hintergrund. Die Proteste der Gegner der Schutzmaßnahmen gegen die Ausbreitung des Coronavirus speisten sich aus sehr unterschiedlichen ideologischen Quellen, heißt es aus den Sicherheitsbehörden. Einige Veranstalter sprechen selbst von einer "Querfront". Das Berliner Bündnis gegen Rechts warnt mit Blick auf "Akteure der Neuen Rechten" und "verurteilte Holocaustleugner" unter den Demonstranten.

Eine bundesweite Koordinierung der Proteste gibt es - bisher - nicht. Zu den wahlweise rechtsradikalen oder anti-kapitalistischen Verschwörungs-Erzählungen, die rund um die Lungenkrankheit Covid-19 entstanden sind, gehören etwa Theorien, die den Microsoft-Gründer Bill Gates zum Feindbild stilisieren. Der Software-Milliardär und seine Ehefrau unterstützen über ihre Stiftung medizinische Forschung und Impfkampagnen in Entwicklungsländern.

Wo Kontaktbeschränkungen gelten, seien Demonstrationen prinzipiell nicht erlaubt, dachten sich einige Kommunen in den ersten Wochen der Corona-Krise. Doch so einfach ist es nicht, wie jetzt mehrere Gerichtsurteile zu Versammlungsverboten zeigen. Wohl auch deshalb denkt man in der Bundesregierung inzwischen darüber nach, ob eine bundesweit einheitliche Regelung, die kleine Kundgebungen mit Auflagen zu Hygiene und Abstand erlaubt, nicht sinnvoll wäre.⁸

Keine Anti-Corona-Kandeldemo vor dem BVG

Der Internetuser „Marco Kurz“ beteiligte sich zunächst rege an der Anti-Corona-Bewegung, die ab Ende März langsam das patriotische Internet erfasste:

Marco's Depeschenreiter
20. März ·

Die heute in meinem Telegram-Kanal erstellte Umfrage ist eindeutig!
<https://t.me/MarcoKurz>

Marco Kurz - Kanal - g...
1.8K Abonnenten

Marco Kurz - Kanal - gratis!

Was wird bzw. würde für sich alleine gesehen mehr Opfer kosten?
Anonyme Umfrage

5% Die sog. Corona-Pandemie!

95% Die politisch katastrophalen Maßnahmen, die angeblich zur Bekämpfung von Corona dienen!

561 Stimmen



Marco's Depeschenreiter
25. März

Bill Gates bei Lanz: "...wenn man Impft, man die Bevölkerungsstärke ganz ERHEBLICH VERRINGERT..."

Marco's Depeschenreiter
13. Apr.

Die #Corona-Polizei bricht die Tür auf, weil jemand Besuch haben könnte.

Marco's Depeschenreiter
7. April

"Dieser Impfstoff müsse mit einer «Kapazität von Milliarden Dosen» verfügbar sein." - sagt Bill Gates.

Ein paar Fragen zum zweitreichsten Menschen der Welt (Vermögen 100.000.000.000 \$), der "der Menschheit (u.a. als Hauptsponsor der WHO) angeblich "so viel gutes tun will":

- 👉 Falls eine der - dank Bill Gates - gebauten Fabriken einen Corona-Impfstoff fabrizieren wird, wird dieser dann auch der ganzen Welt, also Milliarden Menschen, GRATIS zur Verfügung gestellt?
- 👉 Wenn ja: wird das eine Zwangsimpfung?
- 👉 Wenn nein: wo genau liegen dann die prognostizierten Verluste dieses "edlen Unterfangens"?
- 👉 Könnte Bills "Einsatz" hypothetisch zum größten Geschäft aller Zeiten führen?
- 👉 Könntest du dir ein System vorstellen, das nicht auf zweifelhafte Privatmilliardäre im Hintergrund mit dunklen Motiven angewiesen ist?

Marco's Depeschenreiter
25. April

Was tun sie unseren Kindern an?!

Maskenpflicht für Kinder

Baden-Württemberg	ab 6	Niedersachsen	ab 6
Bayern	ab 6	Nordrhein-Westfalen	—
Berlin	—	Rheinland-Pfalz	—

Brandenburg	—	Saarland	ab 11
Bremen	—	Sachsen	—
Hamburg	ab 3	Sachsen-Anhalt	ab 2
Hessen	ab 6	Schleswig-Holstein	ab 6
Mecklenburg-Vorpommern	ab 6	Thüringen	ab 6

Allerdings beteiligte sich der Internetuser „Marco Kurz“ dann nicht an den bundesweit abgehaltenen undigitalen Anti-Corona-Protesten. Vielmehr vollzog er Mitte April den +/- sechsten „endgültigen“ Rückzug von allem: Dies mal sei es ernst.

Marco Kurz - Kanal ❤️❤️❤️ 21. April

So meine Lieben!
Die endgültige Entscheidung ist nun gefallen und damit es auch keine Gefahr der "Rückfälle" gibt, werden bzw. wurden auch gleich Nägel mit Köpfen gemacht.

1. Mein Youtube-Kanal wurde heute Vormittag gelöscht.
2. Die Facebook-Seite "Marco's Depeschenreiter" wurde an einen vertrauenswürdigen Mitstreiter abgegeben und wird von mir nicht mehr betreut.
3. Dieser Telegram-Kanal wird heute um 20 Uhr gelöscht.
4. Die beiden Demos für die beiden kommenden Samstage habe ich storniert, wie auch das heutige Kooperationsgespräch dazu.

Die Vergangenheit hat gezeigt, dass gezielte Versuche, die Masse der Schafe von den Ketten zu befreien, nichts bringen, da die Menschen nur aus Erfahrung lernen.
Die Vergangenheit hat aber auch gezeigt, dass es Zusammenhalt zumindest in der Demoszene nicht gibt.
Zu viele, die es besser können oder wissen und zu wenige, die dauerhaft, ehrlich, loyal und diszipliniert am Ball bleiben.
Ich wünsche euch Allen alles Gute und viel Erfolg auf euren Wegen.
Marco

Marco Kurz - Kanal ❤️❤️❤️ 22. April

Für die engsten Mitstreiter wird es nach Löschung dieses Kanals einen nicht öffentlichen Kanal zur Kontaktpflege geben.
Zugang bekommt bei Interesse nur, wer seine Teilnahme an den von mir organisierten Demos der Vergangenheit und seine Identität nachweisen kann bzw. den ich eh schon persönlich kenne!
Fürs Bespaßen der Allgemeinheit habe ich leider weder Zeit noch Lust, dies verstehen sicher die Meisten!
Bei Interesse sendet mir eine Mail an:
dermarsch2017@protonmail.com
Oder per PN.

Und noch eine Erklärung zu den beiden Demos, die an den kommenden Samstagen in Landau und vor dem Bundesverfassungsgericht stattgefunden hätten:
Auch wenn es während des Coronairrsinns in RP die erste Demo gewesen wäre, die Auflagen sind für mich inakzeptabel!
Mit Mundschutz, Abstandsmarkierung, Teilnehmerbegrenzung und möglicherweise Teilnehmerlisten, gleicht dies dem ersten Tag mit Schnuller im Mund im Kindergarten.
Hinzu kommen die unzähligen "Aufgewachten" die sich derzeit untertänig dem Mainstream fügen und sich vor Viren verstecken.

Alles in Allem, so nicht mehr mit mir!
Allen Aufrechten, bleibt stabil, egal in welcher Form!

Die Kundgebung in Karlsruhe vor dem BVG war für den 2. Mai geplant gewesen.

Am 24. April aber folgte bereits eine halbe Ankündigung für das dann +/- sechste Comeback.

Marco Kurz - Kanal ❤️❤️❤️ 24. April

Nachtrag:
Entweder wir erkämpfen unser Demonstrationsrecht und unsere Freiheit mit allen Mitteln wieder zurück und das geht aus meiner Sicht mindestens nur noch mit NICHT angemeldeten und somit auflagenfreien Demos, siehe (Art. 20(4) GG, wie auch Art. 8 GG) oder die Diktatur und Unfähigkeit korrupter, verlogener und unfähiger Politmarionetten wird unserem Land den Rest geben!
An mir liegt es ganz sicher nicht, sondern diese Frage kann und muss sich jeder selbst beantworten. Vor allem die sich selbst so bezeichnenden Aufgewachten!

Und das erfolgte am 27. April in Bühl.

Die Bühler Anti-Corona-Demo vom 27. April

Die Demo fand gegenüber des Bühler Real auf einem breiten Grünstreifen zwischen zwei Straßen statt. Etwa vier handverlesene Anti-Corona-AktivistInnen hatten sich dazugesellt und die mundschutzfrei Staffage für Marco Kurz gebildet, der mit Mikro und einer Lautsprecherbox die Passanten & Einkaufenden beschallte.



Die Demo dauerte eine Stunde. Zu Beginn hatte Marco Kurz die behördlichen Auflagen verlesen. Entgegen der Ankündigung drei Tage zuvor war die Demo nicht angemeldet gewesen.



An die fluktuierende Kundschaft des Supermarkts angepasst, erfolgte alle zehn Minuten in Grundzügen dieselbe Rede: Beklagt wurde eine offensichtliche Feigheit des „deutschen Volkes“, das sich seit Jahr(zehnt)en einer Diktatur der Eliten beugen würde und bereitwillig jeden für es ersonnenen Knebel annehmen würde. Die Verantwortlichen der „Coronadiktatur“ hätten den Plan, das deutsche Volk frei von Selbstheilungskräften halten wollen – abhängig von Impfstoffen, die wegen Mutationender Viren stets aktualisiert werden müssten. Aber anstatt sich zu wehren, würden die Leute die Mundschutzmasken vorseilend anlegen, selbst auf „dem Fahrrad“ oder „im Auto“ während man vielmehr davon ausgehen müsste, dass das Tragen von Atemmasken zum einen gesamtgesundheitlich kontraproduktiv sei und eigentlich nicht wirklich nötig – was etwa am Kassenspersonal in Einkaufsläden gut zu beobachten sei: Denn „Mitarbeiter von Baumärkten oder Kassiererinnen“ seien ja gesund.

Der Mobilisierungsflyer zur für den 4. April in Landau geplanten Demo, die Ende März verboten wurde.

Mittlerweile schien Marco Kurz seinen patriotischen Zielbereich in den Landkreis Rastatt verlegt zu haben.



Die Bühler Anti-Corona-Demo vom 27. April war den gesellschaftlichen Entwicklungen hinterhergelaufen. Der Unmut über den Shutdown und als unzureichend und als zu langsam voranschreitend empfundene Lockerungen hatte es am 27. April bereits in die Onlineausgabe des Focus geschafft. Der Titel des Beitrags: "Die Demokratie ist zurück, was für Angela Merkel keine gute Nachricht ist:"⁹

Die Corona-Politik der Bundeskanzlerin gerät unter Druck – und das von unterschiedlichsten Seiten. Das links-liberale Bürgertum sendet nach Wochen der Gefolgschaft ein Zeichen seiner Vitalität. In einem Gastbeitrag für den „Spiegel“ äußern sich der Ex-Kulturstaatsminister Julian Nida-Rümelin, die Brandenburger Verfassungsrichterin und Schriftstellerin Juli Zeh und der frühere Chef des Sachverständigenrats, Christoph Schmidt wie folgt:

„Wir müssen aus dem Lockdown so rasch wie möglich in eine Phase übergehen, die unsere Volkswirtschaft aus dem Winterschlaf aufweckt, Eingriffe in unsere Grundrechte minimiert und uns dennoch hinreichend vor einem Wiederaufflammen der Gesundheitskrise schützt. Die jetzt eingeleiteten Lockerungsmaßnahmen können diesen Anspruch nicht erfüllen“.

Im erzkonservativen Bürgertum wird ähnlich gedacht, nur schärfer formuliert. Die sogenannte Atlas-Initiative, die sich als „ordo-liberal und wertkonservativ“ versteht, hat einen Brief an die Bundesregierung veröffentlicht, der Kanzlerin Merkel derbe angeht: „Wenn ein Großteil der Arbeitnehmer und Unternehmer in unserem Land, bei gleichzeitigem Einbruch der Lieferketten und einer starken Reduktion des Steueraufkommens seine wirtschaftliche Existenz verliert, wer soll den Staatsapparat dann noch finanzieren und unserer öffentlichen Ordnung sichern? (...) Wir fordern Sie zu einer sofortigen Aufhebung aller Zwangs- und Überwachungsmaßnahmen auf, weil sie auf Vermutungen und nicht auf wissenschaftlichen Untersuchungen und Beweisen beruhen und weil sie einem sozialistischen Grundprinzip folgen, dem wir eine entschiedene Absage erteilen.“

Und es dürfte kaum Zufall gewesen sein, dass ausgerechnet der Tübinger Bürgermeister Boris Palmer (Die Grünen) einen Tag später am 28. April in der Stuttgarter Zeitung zitiert wurde mit den Worten: „Wir retten in Deutschland möglicherweise Menschen, die in einen halben Jahr sowieso tot wären - aufgrund ihres Alters und ihrer Vorerkrankungen“ - wohingegen die wirtschaftlichen Folgen des weltweiten Lockdowns weltweit „Millionen von Kindern“ töten würden:¹⁰

Der Armutsschock, der aus der weltweiten Zerstörung der Wirtschaft entstehe, bringe nach Einschätzung der Vereinten Nationen Millionen Kinder ums Leben. „Wenn Sie die Todeszahlen durch Corona anschauen, dann ist es bei vielen so, dass viele Menschen über 80 sterben - und wir wissen, über 80 sterben die meisten irgendwann, sagte Palmer. Er hatte schon früher die Politik zur Corona-Eindämmung kritisiert und für strenge Quarantänemaßnahmen für Risikogruppen sowie eine rasche Öffnung der restlichen Gesellschaft plädiert. Palmer empfahl darüber hinaus, alle verfügbaren Testkapazitäten einzusetzen, und sprach sich - anders als seine Partei - für eine verpflichtende Handyapp aus, die Infektionen nachverfolgt.

⁹ https://www.focus.de/politik/deutschland/gastbeitrag-von-gabor-steingart-steingart_id_11926218.html

¹⁰ <https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.coronavirus-in-deutschland-boris-palmer-wir-retten-menschen-die-moeglicherweise-sowieso-bald-sterben.3058978a-08dc-42f0-9e98-5ccb1e4a96c.html>

Die geplante Jockgrimer Anti-Corona-Demo vom 2. Mai

Derweil machte sich das *Frauenbündnis Kandel* daran, seine erste Kundgebung im Jahr 2020 zu organisieren. Die hätte eigentlich am 7. März stattfinden sollen: In Jockgrim, wo man vor den Wohnhäusern von namentlich bekannten KritikerInnen auflaufen wollte, was die Behörden zunächst erlaubt hatten, dann aber mit Hinweis auf Corona verbieten wollten, wenn das *Frauenbündnis Kandel* nicht freiwillig absagen würden. Was sie dann taten. Seinerzeit hatte sich Marco Kurz, der Gründer und einstige Alleinverwalter des *Frauenbündnis Kandel*, im Internet weitschweifend über den gezeigten vorauseilenden Gehorsam amüsiert.

Die Planungen für die Kundgebung am 2. Mai gerieten jedoch ins Stocken:

DIE RHEINPFALZ Montag, 27. April 2020

Kreisverwaltung untersagt Frauenbündis-Demo in Jockgrim

Die Kreisverwaltung Germersheim hat eine für Samstag, 2. Mai, in Jockgrim geplante Demo unter freiem Himmel mit dem Thema „Meinungsfreiheit Demokratie Grundrechte“ untersagt. Angemeldet wurde die Versammlung für das Frauenbündnis Kandel. Veranstaltungen jeglicher Art hat das Land Rheinland-Pfalz in der Corona-Bekämpfungsverordnung verboten. Die Ausnahmeregel, wonach Versammlungen unter freiem Himmel unter Auflagen - soweit dies aus infektionsschutzrechtlicher Sicht vertretbar ist – zugelassen werden können, sei nach Einzelfallprüfung nicht anwendbar gewesen, teilt die Kreisverwaltung mit.

Das Frauenbündnis Kandel widmete sich im April 2020 demselben Themenmix aus patriotischer Corona-Kritik und patriotischer Kritik an Migration, den auch der Internetuser „Marco Kurz“ bearbeitete, wollte jedoch im Gegensatz zu jenem die BRD im Sinne der AfD reformieren, nicht abschaffen.

Drei Beiträge von der *telegram*-Seite des *Kandel-Team 2020*, wie sich das *Frauenbündnis Kandel* mittlerweile im Internet nannte.

Kandel - Team 2020 26. April

„Militärausgaben saugen die Ressourcen aus den Bereichen der Gesellschaft, die wirklich notwendig sind. Wir brauchen erst recht seit der Corona-Krise ein Umdenken und Umsteuern! Abrüstung weltweit ist das Gebot der Stunde.“

Man könnte das Gesülze eines Dietmar Bartsch auch ummünzen in:

2 Billionen (2.000 Milliarden) Euro jährlich allein für unbegleitete, vielleicht minderjährige, aber nur selten "Flüchtlinge" saugen die Ressourcen aus den Bereichen der Gesellschaft, die wirklich notwendig sind. Wir brauchen erst recht seit der Corona-Krise ein Umdenken und Umsteuern ! Konsequente Abschiebung aller illegalen Migranten ist das Gebot der Stunde.

<https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/503695/Deutschland-verzeichnet-weltweit-staerksten-Anstieg-der-Militärausgaben>

Kandel - Team 2020

26. April

Wochenendrückblick 25./26.04.2020

"Die Stimmung wird kippen" titelt die Berliner Zeitung

Dass die Stimmung bereits gekippt ist, zeigen eindrucksvoll verschiedene erlaubte und verbotene Veranstaltungen am Wochenende. "Leere Stühle" nennt sich eine bundesweite Aktion von Hoteliers und Gastronomen. In Chemnitz, Frankfurt, Berlin, Heidelberg und anderen Städten verbünden sich Bürger aller Lager, um für ihre Grundrechte einzustehen. Berührungängste zwischen "Linken" und "Rechten" schwinden. Die gemäßigten Kräfte der verschiedenen Bündnisse und Bewegungen reden wieder miteinander, weil sie genau EIN Thema auf der Agenda haben, für das sie gemeinsam kämpfen wollen. Nur vereinzelt versuchen eingefleischte Außenseiter, die Veranstaltungen durch unqualifizierte Zwischenrufe zu stören. Verhaftungen, Personenfeststellungen, erkennungsdienstliche Maßnahmen gegen normale, friedliche Mitbürger, Beschlagnahmungen von Handys, heizen die Stimmung gegen die Polizei auf, die sich zunehmend als Gegner grundgesetzlich verbrieft Rechte missbrauchen lässt und sich immer stärker dem Hass des bürgerlichen Lagers ausgesetzt sieht. Es sind genau jene Bürger, die sich noch vor kurzem für mehr Respekt gegenüber Ordnungskräften eingesetzt hatten und nun genau von diesen gewaltsam von öffentlichen Straßen und Plätzen schändlich verjagt werden.

Kandel - Team 2020

27. April

Tagesrückblick 27.04.2020

Verwaiste Krankenhäuser, sich langweilende Freiwillige bei den Drive-in-Teststationen, zunehmende Konfrontationen zwischen freiheitsliebenden Bürgern und der Polizei - und nun regt sich auch unter den Politikern und in der Mainstream-Presse Widerstand gegen die sozialistisch-bunte Diktatorin.

Während Bürger auf Straßen und Plätzen der Republik schikaniert, sanktioniert, verjagt oder sogar abgeführt werden, wenn sie ein Eis im Umkreis von 50 Metern einer Eisdielen genießen, sich zu zweit auf eine Bank setzen, einen Kaffee to go in der Heidelberger Fußgängerzone mit einem Gespräch verknüpfen, wenn sie sich auf Decken und Stühlen einsam auf einem öffentlichen Platz niederlassen

Wer die Macht in einem bunten Moloch wie Berlin tatsächlich innehat, beweist der Remmo-Clan heute eindrucksvoll. Anlässlich einer Beerdigung erscheint weit mehr als die zugelassene Anzahl an "Trauergästen". Die bunte Polizeitruppe, die sich noch am Wochenende kampfeslustig und unerbittlich auf Rentner, Frauen und sonstige friedliebende Bürger stürzte und ihnen die geballte Härte der deutschen Exekutive eindrucksvoll vor Augen führte, steht heute lässig, ohne Schutzmaßnahmen, freundlich lächelnd demütig dabei und bittet schleimend und heuchlerisch um Verständnis und Rücksichtnahme.

Zur Abrundung ein Statement von Tatjana Festerling zu Corona in Lettland vom 26. April 2020 – exemplarisch für Haltungen in der patriotischen Szene:

Mit Zusammenhalt, gesunder Identität und Nationalbewusstsein zeigen gerade die kleinen Länder in Osteuropa den großen, entwurzelten, narzisstischen Hybris-Gesellschaften im Westen wie man eine Pandemie im eigenen Land sehr wohl eindämmen und kontrollieren kann: 812 Infizierte und nur 12 Tote in Lettland! Und zwar sogar ohne Lockdown! Das Geheimnis: Sehr frühes, beherrschtes Seuchenmanagement. Während die Deutschen noch über Grippe schwatzen, hat die lettische Regierung zwei Wochen nach der ersten Infektion (29. Feb) am 12. März den Notstand ausgerufen und zwei Tage später die Landesgrenzen geschlossen. Als Vorbild für das Krisenmanagement dienten Süd-Korea, Singapur, Hongkong. Das Beispiel Lettland zeigt, dass es ja ohne kompletten Lockdown gehen kann, wenn die Bevölkerung diszipliniert ist. Und das ist sie nur, wenn sie weiß, was auf dem Spiel steht, wenn es ein gesundes Nationalbewusstsein und ein homogenes, identitäres Bewusstsein gibt. Das kann man für Deutschland jedoch getrost vergessen - dieses in sich tief zerstrittene "Volk" zieht nicht mal angesichts einer Bedrohung durch eine Pandemie an einem Strang.